

CO₂-Preis: Notwendigkeit, Unterstützung, Tendenzen in Europa und weltweit



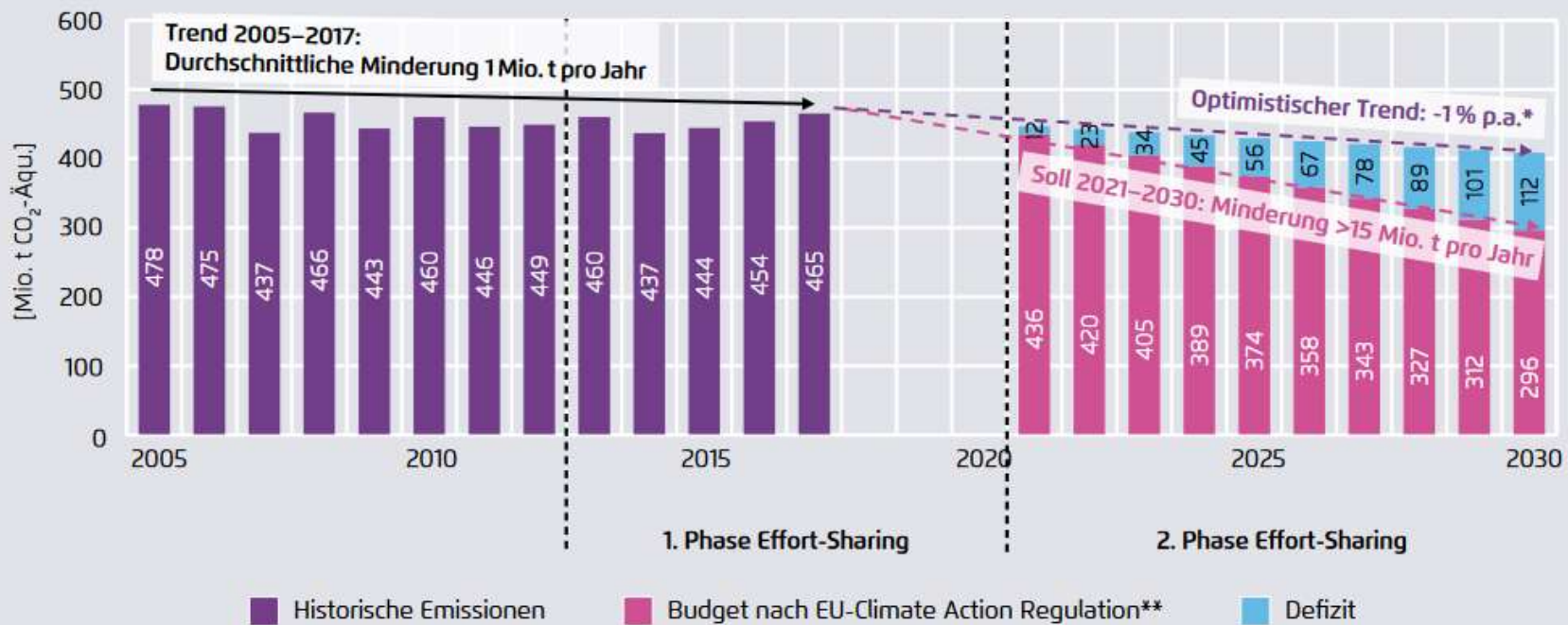
Oldag Caspar
Teamleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik
Germanwatch
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
03.04.2019

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Ausschussdrucksache
19(16)183-D
zum Fachgespräch am 03.04.2019
02.04.2019

Die deutsche Klimaschutz-Maßnahmenlücke

Deutschland hat europarechtlich verbindliche Ziele für die Effort-Sharing-Sektoren – und wird sie ohne zusätzliche Maßnahmen drastisch verfehlen.

Abbildung 1

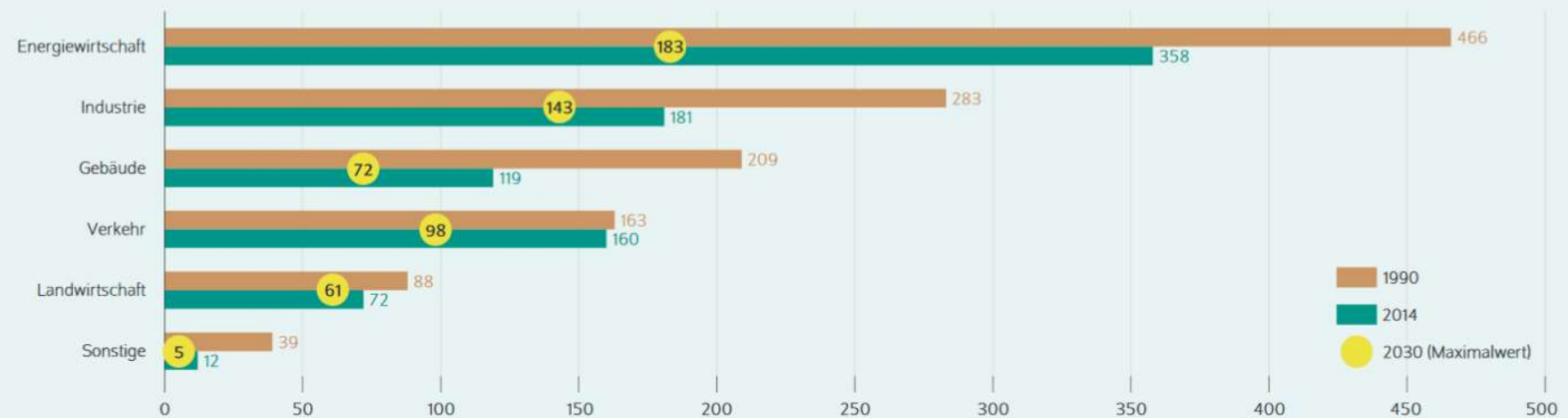


Darstellung von Agora Energiewende basierend auf BMU (2018)

Die Maßnahmenlücke betrifft alle Sektoren

Entwicklung der Emissionen und Sektorziele für 2030

In Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2016): Klimaschutzplan 2050 (online verfügbar).

© DIW Berlin 2019

In allen Sektoren sind noch erhebliche Anstrengungen nötig, um die mittelfristigen Emissionsminderungsziele zu erreichen.

Nur 50% der Emissionen haben einen (wenig berechenbaren) CO₂-Preis

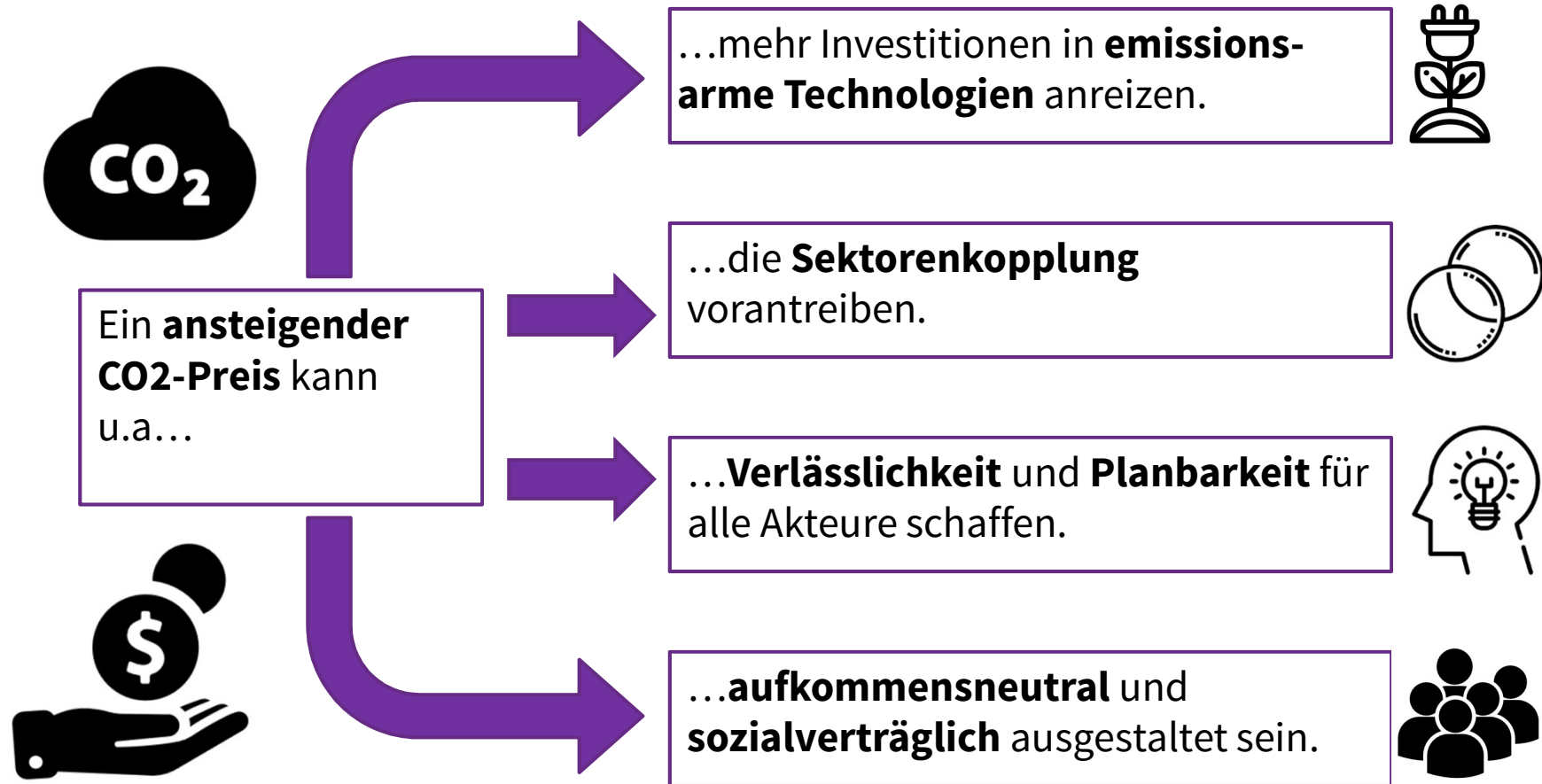


Deutschland hat aktuell einen niedrigen CO₂-Emissionshandels-Preis für Energie und Industrie und keinen CO₂-Preis für Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft.

	Europäischer Emissionshandel (ETS)	EU „Effort Sharing“-Regulierung
Erfasste CO ₂ -Sektoren	<ul style="list-style-type: none">→ Energiewirtschaft→ Energieintensive Industrie (u. a. Eisen-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Kalk-, Papier und Chemie-Industrie)→ EU-Luftverkehr <p>ca. 50 %</p>	<ul style="list-style-type: none">→ Verkehr (außer EU-Luftverkehr)→ Gebäude→ Übrige Industrie und Gewerbe→ Landwirtschaft <p>ca. 50 %</p>
CO ₂ -Preis	<p>~20 €/t</p>	<p>X</p> <p>(bisher keine direkte CO₂-Bepreisung in Deutschland)</p>

Quelle: https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Abgaben_Umlagen/147_Reformvorschlag_Umlagen-Steuern_WEB.pdf

CO₂-Preis als ein Schlüssel für die Transformation des Energiesystems



Doppelte Lenkungswirkung durch *CO₂-Preis* und Investitionsunterstützung aus *Einnahmen* (v.a. für Gebäude, Verkehr, Industrie)

Sehr verschiedene Schulen der Wirtschaftswissenschaften unterstützen CO2-Preis



SPIEGEL ONLINE

CO2-Ausstoß

Deutsche Forscher fordern Steuer auf Kohlendioxid

Wie lassen sich Klimaschutz und Ökonomie vereinbaren? Zwei renommierte Forscher sprechen sich im SPIEGEL für eine Steuer auf CO2 aus, mit der sich das Einsparen des Klimagases für Industrie und Verbraucher rechnet.

Freitag, 30.11.2018 12:26 Uhr

Ottmar Edenhofer,
Direktor und
Chefökonom
des Potsdam
Instituts für
Klimafolgen-
forschung



Christoph M. Schmidt,
Präsident des
RWI – Leibniz-
Institut für
Wirtschafts-
forschung

Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/co2-forscher-fordern-steuer-auf-kohlendioxid-a-1241270.html>

Energiewende-Thinktanks: Breiter Konsens



„In der Fachwelt herrscht nach der über mehrere Jahre intensiv geführten Diskussion ein breiter Konsens: **Eine deutlich stärkere CO2-Bepreisung ist dringend nötig für den Erfolg von Klimaschutz und Energiewende.**“
(Nov. 2018)

Quelle: https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Abgaben_Umlagen/147_Reformvorschlag_Umlagen-Steuern_WEB.pdf



Im Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung bekräftigt, dass sie die Lücke zum Klimaziel 2020 so schnell wie möglich schließen will. Führt Deutschland einen Mindestpreis auf CO2 ein, können die Klimaziele bis zum Jahr 2020 noch erreicht werden. (Stand März 2018)

Quelle: <https://www.oeko.de/aktuelles/2018/mindestpreis-auf-co2-fuer-mehr-klimaschutz/>



Eberhard Umbach von der Acatech sieht die Politik in der Pflicht: "Die wichtigste Rahmenbedingung wäre, das **CO2 mit einem Preis** zu bedenken.“

Quelle: <https://www.br.de/nachrichten/wissen/kohleenergie-wie-schaffen-wir-den-ausstieg,R46GFDH>



Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt: „Ein hoher CO2-Preis kann nicht nur die klimapolitisch gewünschten Effekte einer **Verteuerung des Kohlestroms** bewirken. Das macht die **erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger.**“

Quelle: https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-Festhalten-an-der-Braunkohle-ist-falsch-article20627916.html

Berater der Bundesregierung und oberste Bundesbehörden fordern CO₂-Preis (1/2)



„Im Zentrum der Energiewende sollte vielmehr ein **einheitlicher Preis für Treibhausgasemissionen** stehen, der über Sektoren und Regionen hinweg gilt und dadurch für eine effektive Sektorkopplung sorgt.“



[Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirt. Entwicklung](#) (Dezember 2017): Jahresgutachten 2017/2018.



„Der Bundesrechnungshof fordert, dass das BMWi prüft, inwieweit es **effektivere Steuerungsmechanismen**, wie insbesondere die **CO₂-Bepreisung**, als weiteres Instrument zur Umsetzung der Energiewende nutzen kann.“

[BRH](#) (28.09.2018): Bericht über die Koordination und Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das BMWi.

Berater der Bundesregierung und oberste Bundesbehörden fordern CO₂-Preis (2/2)



„Um innovative und klimafreundliche Technologien und Geschäftsmodelle in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sollten **Abgaben und Umlagen auf Energie über alle Wirtschaftssektoren an der Klimaschädlichkeit bzw. dem CO₂-Gehalt** von Energieträgern ausgerichtet werden.“



[Expertenkommission für Forschung und Innovation](#) (27.02.2019): Jahresgutachten 2019. Kurzfassung.



„Anzustreben wäre eine **Reform in Richtung eines über die Sektoren einheitlichen CO₂-Preises**, um die ambitionierten CO₂-Reduktionsziele möglichst kosteneffizient zu erreichen.“

[Monopolkommission](#) (06.10.2017): Sondergutachten 77: Energie 2017: Gezielt vorgehen, Stückwerk vermeiden.

Immer mehr Unternehmen für CO₂-Preis (oft über verschiedene Sektoren), Stand 03/19



Unternehmen (Auswahl)	Positionen/Forderungen/Pläne
EnBW	CO ₂ -Mindestpreis im Energiesektor i. H. v. 25 €/t CO ₂ ab 2020 und 30 €/t ab 2025; dazu Einführung einer CO ₂ -Bepreisung in Wärme und Verkehr
EON	Einsatz für CO ₂ -Mindestpreis in allen Sektoren, v.a. im Stromsektor
Vattenfall	Fordert nationale CO ₂ -Steuer und Absenkung der Stromsteuer
Handelsverband HDE	Fordert sektorenübergreifenden Mindestpreis, der u.a. die EEG-Umlage ersetzt
METRO	Agiert intern mit CO ₂ -Preis; fordert Einführung einer CO ₂ -Bepreisung in Deutschland
Volkswagen	Plant eine interne CO ₂ -Steuer; das geht aus einem Brief von Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender, an seine Führungskräfte hervor

Erklärung von 52 Unternehmen u. Verbänden, davon 6 DAX-30-Unternehmen, 7.11.2017



Erklärung von 52 Unternehmen und Verbänden

Nächste Bundesregierung muss Klimaschutz zur zentralen Aufgabe machen

Koordiniert durch

Stiftung I2⁺

GERMANWATCH

CEBAUM

52 Untersigner



„Unverzichtbar ist ein verlässlicher und sozialverträglicher Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung. (...) Hierbei sollte ein wirksamer CO₂-Preis eine möglichst zentrale Rolle spielen.“

„Für mehr Investitionssicherheit brauchen Deutschland und EU umgehend eine Weiterentwicklung des Emissionshandels mit flankierenden Maßnahmen für ein investitionsrelevantes CO₂-Preissignal.“

Quelle: <https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/20373.pdf>

Appell 16 großer europäischer Unternehmen

Forderung nach...

- einem **ansteigenden CO₂-Mindestpreis im Stromsektor u. in einer Koalition von EU-Staaten** nach britischem Beispiel
- einem zwischen Staaten einer Vorreiterkoalition koordinierten **CO₂-Preissignal in den Nicht-EHS-Sektoren** (v.a. Verkehr u. Gebäude). Mittelverwendung zur Abmilderung von Härten für Verbraucher und zur Unterstützung von Investitionen



Wichtige energiepolitische Verbände fordern CO₂-Preis



„Der Chef des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Stefan Kapferer, mahnte, es sei „höchste Zeit“, dem CO₂-Ausstoß auch **in den Sektoren Verkehr und Wärme** einen Preis zu geben. Zudem solle die Stromsteuer gesenkt werden.“

Quelle: Tagesspiegel Background (10.12.2018)

„Der VKU will sich mit dem Vorschlag für eine **sektorübergreifende CO₂-Steuer** in der energiepolitischen Debatte um eine Reform der Steuer- und Umlagesystematik positionieren.“

Quelle: <https://www.immobilienmanager.de/vku-befuerwortet-sektoruebergreifende-co2-steuer/150/59253/>

„Das aktuelle Beispiel aus dem Strommarkt zeigt, wie ein CO₂-Preissignal wirken kann“, erklärt Robert Busch, Geschäftsführer des bne. „Das sollte Ansporn sein, die Klimaschädlichkeit fossiler Energieträger auch in den im EU-EHS fehlenden Sektoren **Verkehr und Wärme** einzupreisen.“

Quelle: <https://www.bne-online.de/de/presse/pressemitteilungen/artikel/strompreis-zeigt-lenkungswirkung-fuer-den-klimaschutz-co2-preis-auch-in-anderen-sektoren-notwendig/>

Unterstützung aus weiten Teilen der Zivilgesellschaft

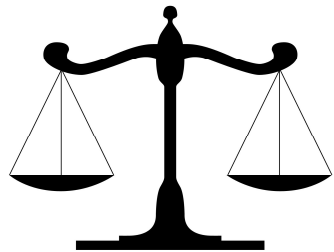


- Gemeinsames, von der Klima-Allianz koordiniertes, Positionspapier von mehr als 60 Organisationen.
- Beschreibt die Maßnahmen in allen Handlungsfeldern, damit Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht.

„... bedarf es eines **CO₂-Mindestpreises im Stromsektor** (...) möglichst gemeinsam mit einer Reihe europäischer Stromnachbarn (...)

Daneben braucht Deutschland eine **Neuordnung der Strom- und Energiesteuern**. Die Steuer und Abgabesätze im Wärme- und Verkehrssektor sollten sich in Zukunft an der CO₂-Intensität und am Energiegehalt der jeweiligen Energieträger ausrichten“

Ein CO₂-Preis ermöglicht auch eine sozialere und fairere Energiewende



Ein **ansteigender CO₂-Preis** kann u.a. ...



... das **Verursacherprinzip bei der Umsetzung der Energiewende stärker verankern** und diese somit fairer für alle Menschen ausgestalten.

... sicherstellen, dass die aktuelle Generation nicht auf Kosten künftiger lebt und somit **den Generationenvertrag schützen bzw. erneuern.**

... so ausgestaltet sein, dass **einkommensschwache Haushalte nicht stärker belastet**, sondern insgesamt entlastet werden.

Gewerkschafter und Verbraucherverbände zunehmend für CO₂-Preis



„Während in den Sektoren Energiewirtschaft und Teilen der Industrie mit dem Emissionshandel eine funktionierende CO₂-Bepreisung besteht, **fehlt in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft ein konsistentes Preissignal**, dass die Klimawirkung angemessen abbildet und Investitionen in klimafreundliche Technologien lenkt“



**DGB Präsident
Reiner Hoffmann**



Gemeinsamer Vorschlag mit Bundesministerin Svenja Schulze im Tagesspiegel Background (10.12.2018)



MÖGLICHKEITEN FÜR EINE VER- BRAUCHERFREUNDLICHE CO₂- BEPREISUNG

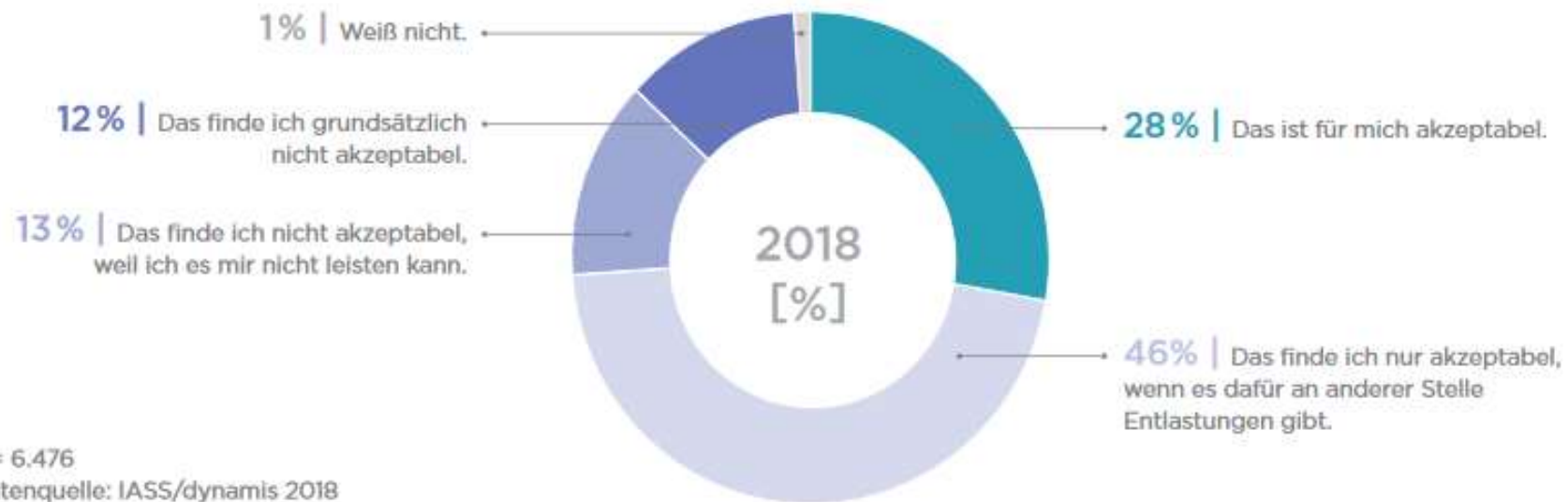
Positionspapier des Verbraucherzentrale Bundesverbands
(vzbv)

21. September 2018

Meinungsumfrage, IASS 2018: 74% unterstützen CO₂-Beitrag mit Rückverteilung



Stellen Sie sich vor, Sie persönlich müssten aus Klimaschutzgründen für das Autofahren mit einem Benzin- oder Dieselmotor, das Fliegen oder das Heizen mit Öl oder Gas mehr bezahlen. Wie fänden Sie das?

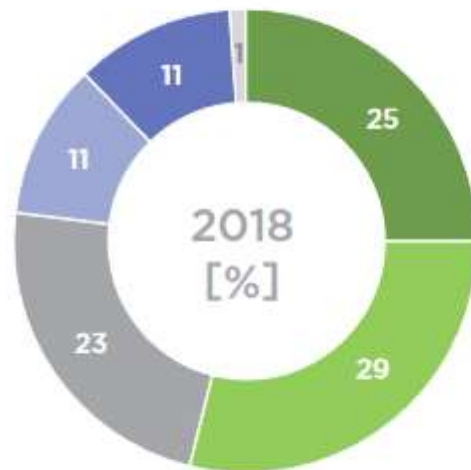


Quelle: Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018. https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2019-02/IASS_Nachhaltigkeitsbarometer.pdf

IASS 2018: einkommensstärkere Haushalte auch für CO₂-Preis ohne Rückverteilung

MEHRHEIT FINDET MODERATE ENERGIEPREISSTEIGERUNGEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ GERECHTFERTIGT

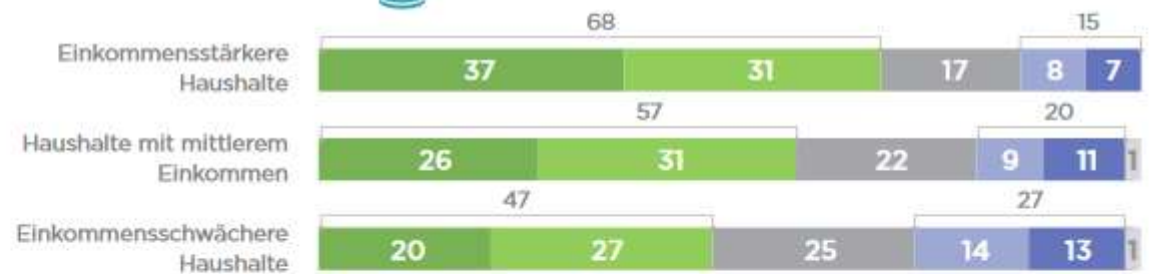
Inwieweit finden Sie es gerechtfertigt, dass Energiepreise moderat steigen, wenn dadurch das Klima besser geschützt wird?



n = 6.485
Datenquelle: IASS/dynamis 2018



nach Einkommen:

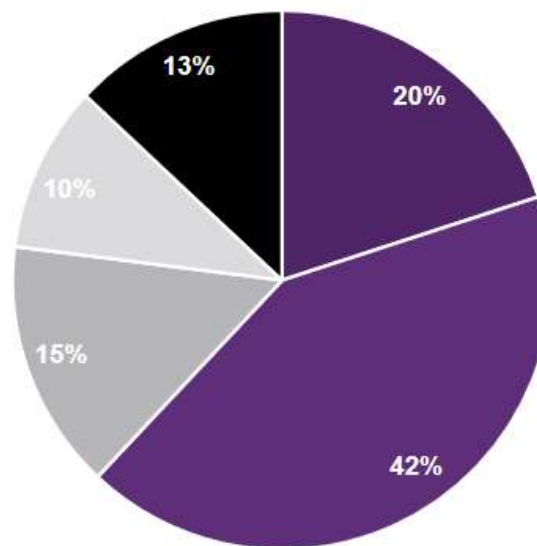


[%] n = 5.378

- Finde ich gerechtfertigt.
- Finde ich eher gerechtfertigt.
- Unentschieden.
- Finde ich eher nicht gerechtfertigt.
- Finde ich nicht gerechtfertigt.
- Weiß nicht.

Mehr als die Hälfte der Befragten (62 Prozent) würde einen CO₂-Preis für Strom und Wärme unterstützen.

Frage: Würden Sie eine CO₂-Bepreisung dieser Energien unterstützen?



■ Ja ■ Eher Ja ■ Eher Nein ■ Nein ■ weiß nicht / keine Angabe

verbraucherzentrale

Bundesverband

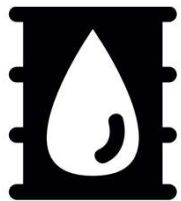
Von Nachbarn lernen: Wie es in Frankreich zu den Gelbwesten-Protesten kam



Die Mehreinnahmen aus dem CO₂-Beitrag wurden nur **unzureichend und intransparent an die Bevölkerung zurückgegeben** (bzw. für die Finanzierung der Energiewende genutzt).



Steuerpolitik der französischen Regierung haben viele als **sozial unausgeglichen** wahrgenommen: z.B. hat sie Vermögensteuer abgeschafft und durch deutlich geringere Immobiliensteuer ersetzt.



Der Anstieg der internationalen Ölpreise hatte erheblichen Anteil an gestiegenen Spritpreisen, was in französischer Öffentlichkeit kaum kommuniziert und wahrgenommen wurde.

Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich diskreditieren nicht das Instrument einer CO₂-Bepreisung, sondern dessen sozialunverträgliche Umsetzung.

Benzin- und Dieselpreise in Frankreich hätten sich auch ohne CO₂-Beitrag deutlich erhöht



Abbildung 3: Entwicklung der Benzin- und Dieselpreise und des CO₂-Beitrags in Frankreich inklusive Mehrwertsteuer

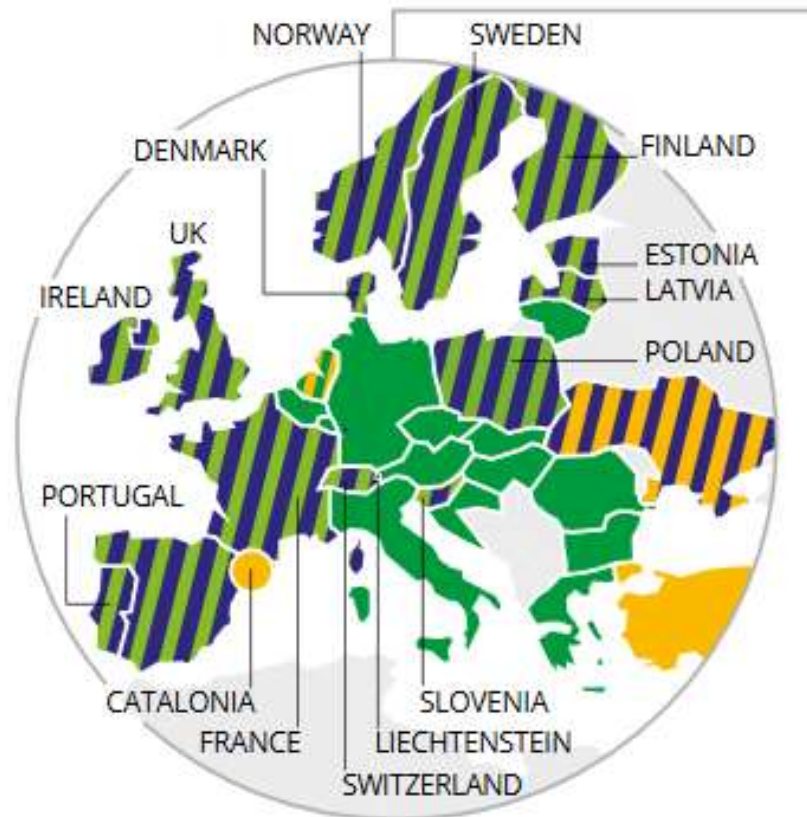


Agora Energiewende, Datenquelle: Ministère de la Transition écologique et solidaire (2019). Hinweis: Der höhere CO₂-Beitrag bei Diesel im Vergleich zu Benzin ergibt sich durch die höheren CO₂-Emissionen pro Liter sowie durch die vorgesehene schrittweise Abschaffung des Dieselsteuerprivilegs im Zeitraum 2015 bis 2020.

Auch ohne die für den 1. Januar 2019 vorgesehene Erhöhung gilt in Frankreich weiterhin eine CO₂-Abgabe von 44,6 €/t.

Quelle: https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2018/CO2-Steuer_FR-DE_Paper/2019-03-13_Paper_CO2_Steuer_FR-DE_FINAL.pdf

Mehrere Nachbarn sind bei CO₂-Preis weiter als Deutschland



Europäischer Emissionshandel deckt aktuell in 31 Staaten (28 EU MS + ISL, NOR und LIE) ca. **45% der Treibhausgase** ab.

CO₂-Abgaben: **Zwölf europäische Staaten** haben zudem nationale CO₂-Preisinstrumente – hauptsächlich außerhalb des EU-EHS – umgesetzt.

Weitere Staaten/Regionen planen dies oder diskutieren darüber.

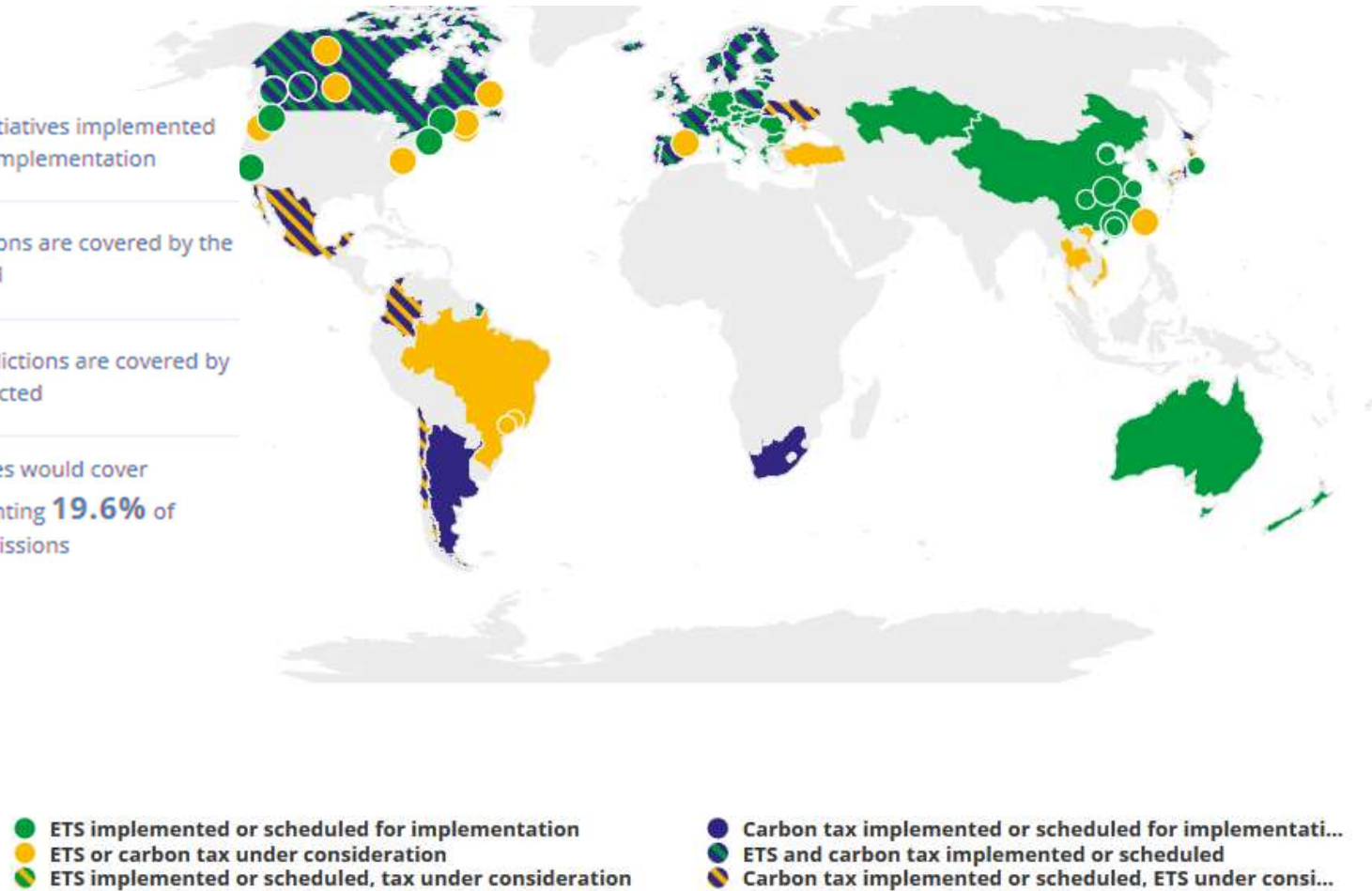
CO₂-Preise weltweit auf dem Vormarsch

57 Carbon Pricing initiatives implemented or scheduled for implementation

46 National Jurisdictions are covered by the initiatives selected

28 Subnational Jurisdictions are covered by the initiatives selected

In 2019, these initiatives would cover **11 GtCO₂e**, representing **19.6%** of global GHG emissions





Großbritannien: CO2-Mindestpreis in der Stromerzeugung (Einführung: 2013)

Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung sank von 41% in 2013 auf weniger als 8% in 2017 und 5% in 2018. Im Juli 2017 lag der Anteil auf dem Rekordtief von 2%.

Quelle: <https://www.repository.cam.ac.uk/handle/1810/277385>, <https://www.renewableuk.com/news/news.asp?id=444033> und https://www.auroraer.com/wp-content/uploads/2017/10/GM-CPS-final_publication_Nonsubscribers.pdf



Schweden: CO2-Steuer primär in den Non-EHS-Sektoren (Einführung: 1991)

Seit Einführung der Steuer sind die CO2-Emissionen um 26% gesunken. Experten werten sie als wichtiges Instrument für diese Senkung.

Quelle: <http://www.enveco.se/wp-content/uploads/2018/03/Anthesis-Enveco-rapport-2018-3.-The-Swedish-CO2-tax-an-overview.pdf>



British Columbia: Steuer auf 70% der THG-Emissionen (Einführung: 2008)

In BC seitdem doppelt so viele Investitionen in grüne Technologien wie im kanadischen Durchschnitt, was ExpertInnen v.a. auf die Steuer zurückführen.

Quelle: https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2015/05/08_Brink_Withana_DE.pdf

Ausgewählte politische Debatten in weiteren EU-Staaten

- **Niederlande:** Planung eines CO₂-Mindestpreises im Stromsektor sowie einer CO₂-Steuer für Industrieunternehmen im EHS
- **Großbritannien:** Pläne, CO₂ auch nach dem „Brexit“ zu bepreisen
- **Belgien:** Fortgeschrittene Diskussion über die Einführung einer CO₂-Bepreisung in Non-EHS-Sektoren
- **Luxemburg:** Geplante Anpassung der Besteuerung von Mineralölprodukten im Einklang mit den Zielen von Paris und Einführung eines Mindestpreises mit den Nachbarländern war Thema im Wahlkampf 2018
- **Österreich:** Opposition fordert die Einführung einer nationalen CO₂-Steuer
- **Tschechien:** Diskussion über die Einführung einer CO₂-Bepreisung im Gebäudesektor

EU-Vorreiterkoalition formt sich u. hofft auf deutsche Unterstützung



Erklärung von **neun EU-UmweltministerInnen** (Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden), 12.12.2019

- “**enhanced measures** should be taken to strengthen the carbon price signal”
- “mechanisms (...) could include **carbon price floors** for electricity generation to complement the EU ETS, or **carbon pricing in non-ETS sectors.**”

Statement
to strengthen and extend carbon pricing in Europe

Science, including the IPCC 1.5°C report, shows that significant further efforts are required from all the Parties – including the EU – to stay within the limits of the temperature thresholds under the Paris Agreement. The EU needs to maintain its climate leadership and show how ambitious, concrete and cost-effective policies can enable a reduction of greenhouse gas emissions

Kohlekommission gibt Schub für CO₂-Preis in Deutschland



Handlungsauftrag an Bundesregierung u. Bundestag (S. 81):

- Kommission empfiehlt **Prüfung einer sozialverträglichen CO₂-Bepreisung** mit Lenkungswirkung **in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft.**
- Fordert BReg auf, das bestehende **System der Entgelte, Abgaben und Umlagen im Energiesektor umfassend zu überarbeiten** und die Stromsteuer zu senken. Ein CO₂-Mindestpreis im Stromsektor wird nicht ausgeschlossen – und wäre im Zuge einer umfassenden Überarbeitung des Systems naheliegend.
- **Sondervotum von 6 Kommissionsmitgliedern** fordert darüber hinaus für Stromsektor einen mit der Zeit steigenden CO₂-Mindestpreis. Der Mindestpreis sollte zusammen mit europäischen Netznachbarn eingeführt werden.

Mögliche Ausgestaltung eines CO₂-Preis aus Sicht von Germanwatch



Ein CO₂-Preis...

...ist kein Allheilmittel, aber ein **zentrales Element zur Schließung der Maßnahmenlücke** für eine erfolgreiche Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele.

...könnte bei **30 bis 40 €/t für Verkehr und Gebäude** und für den **Stromsektor bei 25 bis 30 €/t** starten. Bis 2030 sollte der CO₂-Preis schrittweise deutlich ansteigen.

...sollte über eine **Absenkung von Abgaben/Steuern auf Strom** und eine **Pauschale** an die Bevölkerung zurückgezahlt werden. Daneben braucht es **Investitionshilfen** insb. für Geringerverdienende.

...sollte alle Sektoren erfassen und zumindest in erster Phase (insb. für Verkehr u. Wärme) **in dieser Legislatur beginnen**. Gleichzeitiger Start von Gesprächen mit Vorreiterländern in EU für koordiniertes Vorgehen.

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

caspar@germanwatch.org

